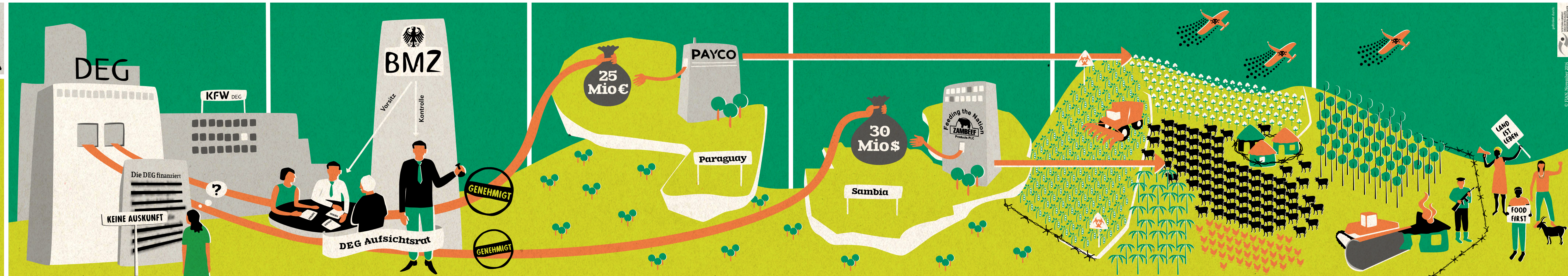


## Entwicklungshilfe goes Agrarindustrie

Sie heißen strategische Allianzen, Entwicklungspartner-schaften oder Öffentlich-Private Partnerschaften (PPPs): enge Kooperationen der Entwicklungspolitik mit der Privatwirtschaft. Oft sind große Konzerne mit von der Partie.

Damit werden öffentliche Gelder im Interesse großer Agrarkonzerne eingesetzt und diese nutzen den politischen Einfluss Deutschlands, um in Entwicklungsländern zu expandieren und die Kontrolle über Land, Wasser und Saatgut zu gewinnen.

Spezialisiert auf die Privatwirtschaft ist die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG. Sie soll vor allem klein- und mittelständische Betriebe in Entwicklungsländern fördern. Aktuelle Agrarinvestitionen lassen daran zweifeln und sind menschenrechtlich und entwicklungs-politisch hoch problematisch.



### Privatwirtschaftsförderung der DEG

Die DEG ist Teil der KfW Bankengruppe. Sie fördert als Teil der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit Unternehmen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa indem sie Kredite vergibt oder Beteiligungen kauft. Sie soll dabei ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die DEG veröffentlicht nur selten und selektiv, wo sie investiert. Sie beruft sich wegen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft auf vertragliche Schweigepflichten und das Bankgeheimnis. Aktuell hat sie über 6 Milliarden Euro angelegt, etwa 250 Millionen Euro davon direkt im Agrarsektor. Da jedoch knapp die Hälfte ihrer gesamten Anlagen an Finanzinstitute vergeben ist, bleibt undurchsichtig, in welche Sektoren am Ende ein Großteil ihres Kapitals fließt.

### Keine öffentliche Kontrolle der Investitionen

Das Parlament und die Öffentlichkeit werden nicht systematisch über die Investitionen der DEG informiert und wichtige Informationen zu menschenrechtlichen Risiken werden zurückgehalten. Die Bundesregierung sitzt jedoch mit 4 hochrangigen VertreterInnen im 7-köpfigen Aufsichtsrat der DEG. Den Vorsitz stellt das Entwicklungsministerium BMZ. Größere Investitionsvorhaben werden dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

### DEG beteiligt sich an paraguayischem Agrarkonzern

2013 erwarb die DEG 15,8% der Anteile des Agrarkonzerns PAYCO im Wert von 25 Millionen Euro. PAYCO besitzt knapp 135.000 Hektar Land in Paraguay – einem der Länder mit der weltweit stärksten Landkonzentration und 300.000 landlosen Kleinbauernfamilien. Paraguay ist zudem das Land mit der weltweit größten mit gentechnisch verändertem Saatgut bebauten Fläche der Welt. PAYCO ist ein bedeutender Akteur beim Vertrieb gentechnisch veränderten Saatguts. Neben Sojamonokulturen und Viehzucht legt das Unternehmen mit dem frischen Geld auch Eukalyptusplantagen an. 3.000 Hektar der Ländereien werden von Bauerngemeinden und Indigenen beansprucht.

### DEG investiert in größten Agrarkonzern Sambias

2009 finanzierte die DEG Sambias größten Agrarkonzern Zambeef mit 20 Millionen US-Dollar, um die Expansion des Konzerns zu unterstützen. Dieser erwarb in den folgenden Jahren riesige Landflächen und kontrolliert heute etwa 100.000 Hektar Land in Sambia. Die ärmsten 25% aller sambischen Haushalte besitzen durchschnittlich dagegen nur jeweils 0,6 Hektar Land. 2013 investierte die DEG weitere 10 Millionen US-Dollar in Zambeef, damit dieser seine Ölpalmplantagen ausdehnen kann.

### Entwicklung durch industrielle Landwirtschaft?

Zambeef und PAYCO betreiben auf dem Land industrielle Landwirtschaft. Die DEG begründet ihre Unterstützung dieses Agrarmodells damit, dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden und die Produktion von Nahrungsmitteln angekurbelt würde. Tatsächlich bedeutet industrielle Landwirtschaft aber: hoher Einsatz von Maschinen und Chemie sowie Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Und das in Ländern, in denen ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt: In Paraguay sind 44% der Bevölkerung BäuerInnen. In Sambia arbeiten 85% der Bevölkerung in der Landwirtschaft.

### Menschenrechte... Fehlanzeige

Paraguay hat eine der höchsten Landbesitzkonzentration weltweit. 2,6% der Bevölkerung kontrollieren 86% des Landes. Eine umverteilte Agrarreform ist die wichtigste Forderung der dortigen Bauernorganisationen. Expandierende Agrarkonzerne stehen dem entgegen. Konkret fordern Indigene seit vielen Jahren die Rückgabe von Land das PAYCO beansprucht. Auch Bauerngemeinden heben Anspruch auf Teile der PAYCO-Ländereien. BäuerInnen und Indigene sind zudem Pestiziden ausgesetzt, die großflächig per Flugzeug ausgebracht werden. In Sambia wurde im Vorfeld eines Landerwerbs durch Zambeef im Jahr 2010 ein Dorf niedergebrannt. Bis heute fordern die Vertriebenen das Land zurück, auf dem sie gelebt und ihre Nahrung angebaut hatten.